

Aktuelle Post aus dem Kreistag (18)



25. Oktober 2018

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Diese Ausgabe der aktuellen Post aus dem Kreistag entsteht zwei Tage vor der Landtagswahl in Hessen. Die Wahl wird spannend! Selbst ein Politikwechsel scheint möglich. Bitte gehen Sie / bitte geht wählen!

In dieser Kreistagssitzung hat der Landrat den Doppelhaushalt für 2019/2020 eingebracht. Jetzt können die Fraktionen beraten. Am 12. Dezember 2018 soll er dann beschlossen werden. Wir werden natürlich genau den Teilhaushalt Soziales anschauen und auch darüber hinaus prüfen, ob es Veränderungen oder gar Verschlechterungen gibt. In der nächsten Post aus dem Kreistag berichten wir darüber.

Anfang 2018 wurde Jan Weckler (CDU) zum Landrat gewählt. Während des Landratswahlkampfes sprach er sich für einen Zweckverband Wohnen aus – ebenso seine Kontrahentin Stephanie Becker-Bösch (SPD). Der Zweckverband sei ein geeignetes Mittel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, hieß es. Aber jetzt – nach dieser Wahl – hört man davon nichts mehr. Wir haben mit einem Antrag nachgehakt.

Das sind die Themen dieser Ausgabe:

1. Rücklicht
2. Eckpunkte der SPD/CDU-Koalition zur Inklusion in der Wetterau
3. Antrag FDP: Krampfhaft ein Wahlkampfthema versucht
4. Antrag DIE LINKE: Wann kommt denn nun der Zweckverband Wohnen?
5. Anträge der Grünen: Flächenverbrauch durch Straßenausbau, Radweg zwischen Ranstadt und Selters, Probleme im Nahverkehr
6. NPD-Antrag: Abgeordnete sollen an den Weißen Ring spenden

RÜCKLICHT

Kurz vor der Landtagswahl: Dietmar Bartsch in Friedberg



Jeder Wahlkampf geht mal zu Ende. Aber zuvor kam der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Dietmar Bartsch, nach Friedberg. Viele Gäste hatten sich eingefunden und konnten ihn und die beiden Spitzenkandidaten der Linken Hessen – Janine Wissler und Jan Schalauske – live erleben.

Zum ersten Mal trat auch der Chor der Linken Wetterau auf. Seit einigen Monaten treffen sich sangesfreudige und links gesinnte Menschen jeden Sonntag von 13 bis 15 Uhr im Roten Laden zur Chorprobe. Wer Lust hat, kann gerne mitsingen!



Besuch beim Betriebsrat des Kraftwerks Staudinger



DIE LINKE. Kreistagsfraktion Wetterau besuchte gemeinsam mit der Landtagsfraktion das Kraftwerk Staudinger. Der Betriebsrat stellte das Konzept der „Bremer Runde“ vor. Betriebsräte aus Kraftwerksbetrieben haben darin erarbeitet, wie der Kohleausstieg sozial verträglich erfolgen könnte.

Nach diesem Sommer dürfte nur den Ewiggestrigen von der AfD noch unklar sein, dass es viel größerer Anstrengungen bedarf, um die Klimaveränderungen noch erträglich zu halten. Aber für die Beschäftigten braucht es natürlich eine soziale Absicherung.

Eckpunkte der SPD/CDU-Koalition zur Inklusion in der Wetterau

Vor fünf Jahren schloss der Kreis eine Kooperationsvereinbarung mit dem Land Hessen über die „Modellregion Inklusive Bildung im Wetteraukreis“. Diese Vereinbarung läuft jetzt aus. Die vorgestellten Eckpunkte sollen „...einen neuen Standard in Organisation, in Struktur und bei der Zuweisung von Ressourcen für die Inklusion in den Schulen des Wetteraukreises verankern.“ So steht das im Vorspann dieser Eckpunkte geschrieben.

Große Worte. Und dann kommt der dürftige Inhalt:

Erstens sollen in den Schulen Büros für die Arbeit des BFZ (Beratungs- und Förderzentrum = Beratungsnetz der Sonderpädagogen) entstehen.

Zweitens soll es Förderräume an Grundschulen geben. Und in den Schulen mit Sekundarstufe 1 werden zusätzlich 2-5 Förderräume ins Raumkonzept aufgenommen.

Aber nur, wenn es die wirtschaftlichen und personellen Ressourcen zulassen.

Drittens werden 40 000 Euro für Einrichtungsbedarf bereitgestellt, wovon die Schulen dann etwas beantragen können.

Viertens gibt es pro Jahr 20 000 Euro für Betriebsmittel. Daraus können BFZs Gegenstände im Wert bis 60 Euro und Verbrauchsgegenstände kaufen.

Und zuletzt sollen Inverstitionen, wie Rampen oder hochwertige Beleuchtungen usf.

Zukünftig zum Bauunterhalt zählen.

Was ist daran nun neu? Was ist daran der neue Standard für Inklusion?

Das haben wir dazu gesagt:

„Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren!

Ich frage mich, ob Sie diese Eckpunkte ernst meinen, Herr Schuldezernent Weckler.

Sie enthalten nichts – aber auch gar nichts – was nicht schon vor fünf Jahren in den Vereinbarungen zur „Modellregion Inklusive Bildung im Wetteraukreis“ enthalten war.

Das heißt im Klartext: In den vergangenen fünf Jahren hätten bereits Arbeitsplätze für die Arbeit der Beratungs- und Förderzentren an den Schulen geschaffen werden müssen! Die Budgets für Betriebsmittel und Einrichtungsbedarf waren auch schon 2013 Teil der Vereinbarung und zwar in gleicher Höhe.

Aber dafür fehlen heute jegliche Aussagen zur Schulsozialarbeit. Schon 2013 war das ja nicht besonders berühmt. Da ging es um vier Stellen. Aber jetzt ist nichts mehr! Gar nichts! So was Ambitionsloses habe ich lange nicht mehr gelesen!“

FDP-Antrag: Krampfhaft ein Wahlthema versucht

Die FDP schoss den Vogel ab. Sie hat wohl krampfhaft nach einem Thema gesucht, mit dem sie vor der Wahl nochmal in der Presse stehen könnte. Da ist sie auf die Straßenbeiträge gekommen. Sie beantragte: „Der Kreistag begrüßt ausdrücklich das Gesetz zur Neuregelung der Straßenbeiträge vom 28. Mai 2018.“ Damals hatte der Landtag beschlossen, dass jede Kommune selbst entscheiden soll, ob sie Straßenbeiträge erhebt oder nicht. Und dann geht es weiter in dem Antrag: Die Kreisverwaltung solle alle Städte und Gemeinden des Wetteraukreises über den Inhalt dieses Gesetzes informieren.

Der Landtagsabgeordnete der FDP, Jörg-Uwe Hahn ist auch Kreistagsabgeordneter. Und er breitete sich über die tolle FDP-Landtagsfraktion aus, die es inzwischen geschafft habe, einen Fehler zu korrigieren: Sie wollen nun nicht mehr verpflichtende Straßenbeiträge, sondern die Selbstverwaltung der Kommunen stärken. Jede Kommune könne nun selbst entscheiden.

Oh wie schön! Das war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren, dieser Antrag der FDP ist ein Schaufensterantrag! Sie glauben doch nicht im Ernst, dass man den Kommunen des Wetteraukreises eine Mitteilung schicken muss, was der Landtag beschlossen hat?! Für die Kommunen ist die Erhebung der Straßenbeiträge ein ziemlich unangenehmes Problem. Natürlich haben die politisch Verantwortlichen vor Ort diesen Landtagsbeschluss längst zur Kenntnis genommen! Dass die Selbstverwaltung durch den Landtagsbeschluss gestärkt wird, bezweifeln wir nachdrücklich! Es ist nämlich eher so, dass sich nun wohlhabendere Kommunen leisten können, die Straßenbeiträge aufzuheben - und finanziell schlechter gestellte Kommunen müssen sie erheben, weil sie die Kosten nicht kompensieren können. Schicken sie lieber eine Aufforderung an den Landtag, die Straßenbeiträge ganz abzuschaffen! Denn die Landesregierung soll nicht immer die Verantwortung nach unten abgeben und die Kommunen belasten. Sie sollen die Kommunen lieber für die Erfüllung ihrer Aufgaben ausreichend finanziell ausstatten.“

Die FDP hat ihren Antrag übrigens zurückgezogen.

Antrag DIE LINKE: Wann kommt denn nun der Zweckverband Wohnen?

Der scheidende Landrat Arnold kündigte kurz vor seinem Wechsel zur OVAG öffentlich die Gründung eines Zweckverbands Wohnen an. Während des Landratswahlkampfes haben sich auch die Kandidaten der CDU (Jan Weckler) und der SPD (Stephanie Becker-Bösch) positiv auf diesen Zweckverband bezogen. Bezahlbarer Wohnraum spielte im Landratswahlkampf eine große Rolle. Nur ist seitdem nichts mehr von einem Zweckverband zu hören.

DIE LINKE. Kreistagsfraktion hatte wiederholt Anträge gestellt, in denen eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gefordert wurde. Sie wurden alle abgelehnt.

Im aktuellen Antrag haken wir nach und erinnern Landrat Weckler und die Erste Kreisbeigeordnete Becker-Bösch daran, welche Wahlversprechen sie abgegeben haben.

Der Antrag und die ausführliche Antragsbegründung sind hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/949-wo-bleibt-die-kreiseigene-wohnungsbaugesellschaft-oder-der-zweckverband.html>

„Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren, falls sie es noch nicht bemerkt haben: Das Jahr 2018 dauert nur noch zwei Monate. Jetzt wird es langsam Zeit, Herr Weckler, die Vorlage zum Zweckverband Wohnungsbau vor-

zulegen. Denn das haben sie öffentlich in der Frankfurter Rundschau vom 3. Juli 2018 angekündigt.

Ich erinnere daran, meine Damen und Herren, dass sich Herr Weckler und Frau Becker-Bösch – dass sich beide - im Landratswahlkampf die Ankündigung des ehemaligen Landrats Arnold zu eigen gemacht haben, einen Zweckverband Wohnen zu schaffen.

Sie können das ausführlich und mit Zitaten untermauert in unserer Antragsbegründung lesen.

Im Landratswahlkampf hat das Thema Wohnen eine große Rolle gespielt. Wir wollen doch jetzt nicht hoffen, dass Sie mit Ihren Einlassungen zum Zweckverband Wohnen nur die Stimmung der Wähler bedienen wollten!

Hoffen wir mal lieber, dass Sie inzwischen ernsthaft verstanden haben, dass die Wohnungsnot und die hohen Mietpreise auch auf kommunaler Ebene dringend angegangen werden müssen. Und dass sozialer Wohnungsbau und die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums eines der dringlichsten sozialen Probleme darstellen.

Meine Damen und Herren, wir haben diesen Antrag gestellt, weil hoffen nicht so unsere Sache ist. Wir wollen, dass die Wahlversprechen eingelöst werden! Wir wollen, dass es im Wetteraukreis eine kreiseigene Wohnungsgesellschaft gibt, dass sich der Kreis beim Thema „Bezahlbares Wohnen“ nicht weiterhin wegduckt.

Die Situation spitzt sich nämlich zu. Wer die aktuellen Untersuchungen verfolgt – es gibt sie von der Postbank bis zur Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement - der weiß, dass im westlichen Wetteraukreis zunehmend 40 bis 45 Prozent des Einkommens für Miete ausgegeben werden muss.

Nach Berechnungen des Instituts „Wohnen und Umwelt“, die für die Hessische Landesregierung erstellt wurden, müssen bis 2020 – das ist in zwei Jahren, meine Damen und Herren! - im Wetteraukreis jährlich 1900 Wohnungen im unteren Preissegment entstehen. Dann könnte der Bedarf an Mietwohnungen bis 2040 gedeckt werden – der beträgt nämlich 24.500 Wohnungen allein hier bei uns im Wetteraukreis!

Es ist also höchste Zeit in die Gänge zu kommen, meine Damen und Herren! Die Wohnungsnot wird sich nicht von selbst erledigen! Machen Sie bei ihren Parteien auf Landes- und Bundesebene Druck für die Förderung des sozialen Wohnungbaus! Sorgen Sie dafür, dass ihre Landtagsabgeordneten nicht jetzt Versprechungen machen, die nach der Wahl „vergessen“ werden! Und: halten sie vor allem Ihre eigenen Versprechen aus dem Landratswahlkampf bezüglich eines Zweckverbands Wohnen ein!

Für die SPD/CDU-Koalition musste Herr Kartmann jr. unseren Antrag abbügeln. Er sagte: Der Antrag habe hier und heute keine Notwendigkeit, denn in Kürze werde die Koalition liefern. Wir sind gespannt wie ein Flitzebogen!

Anträge der Grünen:

Wir haben den folgenden Anträgen der Grünen bzw. deren Behandlung im Ausschuss zugestimmt.

Ausbaupläne der Landesstraße L3351 zwischen Friedberg-Fauerbach und Bruchenbrücken

Hier fordern die Grünen, dass die Pläne im Ausschuss „Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft“ vorgestellt und diskutiert werden. Denn mit der derzeit von Hessen Mobil vorgetellten Variante ist ein sehr hoher Flächenverbrauch verbunden. Es wurde beschlossen, in den Ausschuss Vertreter von Hessen Mobil einzuladen.

Radweg Ranstadt - Selters so schnell wie möglich bauen

Einen Radweg zwischen Ranstadt und Selters begrüßen wir! Und wir können uns auch der Antragsbegründung anschließen, dass es sinnvoll ist, den Vulkanradweg mit dem Niddaradweg zu verbinden.

Hier rannten die Grünen auch bei SPD/CDU offen Türen ein. Die brachten einen weiterreichenden Änderungsantrag ein, der auch beschlossen wurde. Mit Hessen Mobil soll eine Planänderung besprochen werden, in der eine Unterführung zum Schulstandort Konradsdorf und der Staatsdomäne festgeschrieben wird. Der Wetteraukreis will 100.000 Euro zum Radweg dazugeben, um vor allem diese Unterführung zu ermöglichen. Dann übernimmt der Kreis auch weitere Verantwortung – beim Bau und der Unterhaltung.

Entschädigung für Fahrgäste im Nahverkehr

Die Fahrgäste, die von den Einschränkungen im Wetterauer Nahverkehr massiv betroffen waren, sollten eine Entschädigung bekommen. Der Kreisausschuss soll sich dafür beim RMV stark machen. Da der Wetterauer Landrat auch Mitglied im Aufsichtsrat des RMV ist, soll er dieses Anliegen dort unterstützen.

Der Antrag wurde in den Ausschuss verwiesen.

Keine Nachteile im Wetterauer Nahverkehr durch den Ersatz der IC-Züge der Main-Weser-Bahn durch ICE-T-Züge

Am 9. Dezember sollen die 40 Jahre alten IC-Züge durch 15 Jahre alte ICE-T-Züge ersetzt werden. Der Kreisausschuss und der Landrat sollen sich nun dafür einsetzen, dass es dadurch nicht zu höheren Fahrpreisen kommt und dass die Fahrradstellplätze im bisherigen Umfang erhalten bleiben.

Auch dieser Antrag wurde in den Ausschuss verwiesen.

NPD-Antrag: Abgeordnete der „Regierungsparteien“ sollen an den Weißen Ring spenden

Wir nehmen diesen Antrag in diese Post auf, weil wir nicht wollen, dass jemand diese ungeheuerliche Antragsbegründung aus Unkenntnis vielleicht noch glaubt.

Die NPD begründet ihren Antrag damit, dass „Morde, Vergewaltigungen, Körperverletzungen, sexuelle Belästigungen, Raubüberfälle und viele Straftaten mehr...das Ergebnis der rechtswidrigen Massenzuwanderung und der Politik der offenen Grenzen“ seien. Deshalb sollen die verantwortlichen Parteien an den Weißen Ring spenden.

Kommen wir zu den Fakten:

Die Hessische Polizei veröffentlichte für 2017 einen starken Rückgang bei fast allen Straftaten. Manche Bereiche – wie die Straßenkriminalität – haben sich gar halbiert. Alle Gewaltdelikte sind zurückgegangen. Und der Bericht hebt hervor (wahrscheinlich ist das nötig), dass auch die Kriminalität bei Menschen mit Migrationsgeschichte und Flüchtlingen

deutlich rückläufig ist. Leicht gestiegen sind lediglich Rauschgiftdelikte und Urkundenfälschung.

Was aber auch Fakt ist: Straftaten aus dem rechten Millieu gibt es nach wie vor in hoher Zahl! Im Jahr 2017 allein 600 in Hessen!

Und nun zum Weißen Ring, der sich über diese Schützenhilfe von rechts außen kaum freuen dürfte. Er wurde 1976 gegründet. Von Massenzuwanderung und einer Politik der offenen Grenzen konnte damals keine Rede sein. Und der Weiße Ring selbst sieht keine besondere Kriminalität durch Migration. Auf seiner Homepage stehen Cyberkriminalität, häusliche Gewalt und Einbruchdiebstahl ganz oben.

Dieser Antrag ist Hetze – sonst gar nichts!



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter! Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber